



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Gemeinsamer Antrag	Drucksachen-Nr.: 21-3389
SPD-Fraktion / Richter, Frank / GRÜNE-Fraktion / Blumenkamp, Bianca / FDP-Fraktion / Ehlers, Viktoria Isabell CDU-Fraktion / Fischer, Ralf-Dieter	Datum: 26.10.2023

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Harburg	

NEU Gemeinsamer Antrag SPD - GRÜNE - FDP - CDU betr. Antisemitismus und die Verherrlichung von Terror haben in Harburg keinen Platz

Sachverhalt:

„Am Morgen des 7. Oktober ist Israel in einem Alptraum aufgewacht.“ Mit diesen Worten begann Bundeskanzler Scholz seine Regierungserklärung am 12.10.2023 zu den Terrorangriffen der Hamas auf Israel. Die Hamas feuerte tausende Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel, bei einem Musik-Festival wurden mehr als 250 junge Menschen hingerichtet und über zweihundert Menschen als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Zeitgleich sind die Terroristen in Ortschaften eingedrungen und haben dort die Menschen in ihren Häusern überfallen und viele brutal gefoltert und ermordet. Frauen wurden vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt, Babys wurden geköpft, Kinder verbrannt. Dabei wurden die Massaker noch von der Hamas gefilmt und über Social Media verbreitet. Mehr als tausend Bürger:innen Israels sind diesem Terror zum Opfer gefallen. Tausende wurden zum Teilschwer verletzt.

Wir verurteilen die Gewalt der Terroristen auf das Schärfste und sagen in aller Klarheit: Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen diesen barbarischen Angriff zu verteidigen. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels ist durch nichts in Frage zu stellen. Die Hamas hat mit ihrem Angriff auf Israel unzählige Tote auf beiden Seiten in Kauf genommen und damit unermessliches Leid über die Menschen in Israel und den palästinensischen Gebieten gebracht.

Die Gedanken der Mitglieder der Bezirksversammlung Harburg sind bei den Opfern der Angriffe, ihren Hinterbliebenen und allen, die um ihr Leib und Leben und das ihrer Angehörigen bangen. Ihre Solidarität gilt dem demokratischen Staat Israel und seinem Volk.

Gleichzeitig wird die humanitäre Nothilfe der Europäischen Union für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen als ein Akt der Menschlichkeit begrüßt. Das Ziel muss weiterhin eine zwischen Israel und den Palästinenser:innen im Einvernehmen beschlossene Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in zwei Staaten ohne die Hamas sein.

Vor diesem Hintergrund ist es beschämend, dass es am Montag, den 23.10.2023 in Harburg durch ca. bis zu 80 Jugendliche und Jungerwachsene zu widerlichen Parolen und Krawallen gekommen ist, die die schlimmen Taten der Hamas offenkundig begrüßten. Dies gipfelte in der ekelhaften Aussage eines Teilnehmers, „er wünsche sich Hitler zurück und Juden müssten vergast werden“.

Wir sind erschüttert über derartige Handlungen und Äußerungen. Wegen des Menschheitsverbrechens der Shoah gehört das Existenzrecht Israels zu Recht zur deutschen Staatsräson. Nie wieder darf auf der Welt ein vergleichbares Verbrechen geschehen. Deutschland steht dabei aufgrund seiner Geschichte in einer besonderen Verantwortung.

Umso bedrückender ist es, wenn es in Deutschland – und auch in Harburg – Menschen gibt, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen und in ihren extremistischen Gedanken einen erneuten Völkermord an Jüdinnen und Juden offenbar begrüßen würden. Diese Handlungen und Äußerungen sind mit allen Möglichkeiten des Gesetzes zu verfolgen und zu ahnden. Zugleich ist dies ein Zeichen, dass noch mehr unternommen werden muss, um jungen Menschen die Brutalität und einzigartige Grausamkeit der Shoah und ihre ideologischen und historischen Hintergründe vor Augen zu führen, um deutlich zu machen, dass Terror und Gewalt kein legitimes Mittel sind, sondern nur Leid auf allen Seiten verursacht.

Alle in Harburg lebenden Menschen sollten das Existenzrecht Israels anerkennen und respektieren, dass dies unverrückbarer Bestandteil deutscher Staatsräson ist. Die geschichtlichen Hintergründe rund um die Gründung des Staates Israel, des UN Teilungsplans und der Friedensprozesse, sollte in breitem Maße Teil der Schulbildung sein.

Petition/Beschlussvorschlag:

1. Die Bezirksversammlung Harburg stellt fest, dass Hamburg und Israel heute mehr denn je durch ein dichtes Netz politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und zivilgesellschaftlicher Kontakte eng verbunden sind. Dieses gilt es angesichts des großen menschlichen Leids, das die Massaker der Hamas in Israel verursacht haben, zu bewahren und auszubauen. Das Existenzrecht Israels ist unantastbar.
2. Die Bezirksversammlung Harburg verurteilt die Krawalle am 23.10.2023 und die antisemitischen und die Gewalt der Hamas gegen unschuldige Zivilist:innen begrüßenden Handlungen und Äußerungen. Sie begrüßt eine intensive und vollständige rechtliche Aufarbeitung und Sanktionierung der Beteiligten.
3. Die Bezirksversammlung Harburg bittet den Senat und die zuständige Schulbehörde, zu prüfen, ob und mit welchen Methoden die Vermittlung der Shoah als Menschheitsverbrechen und Völkermord und der notwendigen Schlussfolgerungen in den Hamburger Schulen intensiviert werden können. Allen Schüler:innen unabhängig von ihrer Herkunft muss vermittelt

werden, dass die historische Lehre ist, dass Terror, Völkermord und Gewalt kein legitimes Mittel zur Lösung politischer Konflikte sein darf.

4. Wir bitten das Bezirksamt, die Polizei und alle weiteren zuständigen Behörden, alles Notwendige zum Schutz jüdischer Menschen, Einrichtungen und Erinnerungsorte zu unternehmen.

5. Wir rufen alle zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereine auf, sich in diesem Sinne nach innen und außen zu engagieren. Nur gemeinsam können wir dieser Bedrohung des inneren und äußeren Friedens entgegenreten.

6. Die Bezirksverwaltung wird gebeten zu prüfen, in welcher Weise der Bezirk seine Verbundenheit zu Israel und das Existenzrecht Israels transparent und lebendig dargestellt werden kann. (Denkmal, Straßennamen, Veranstaltungen, etc).

7. Die zuständige Behörde und die Schulleitungen sind gebeten der Bezirksversammlung zu berichten, welche Bildungs-Maßnahmen erforderlich sind und umgesetzt werden, um Hass gegen Juden und Jüdinnen in geeigneter Weise zu begegnen. Zusätzliche Maßnahmen zur Bildungsarbeit wie Ausstellungen, Diskussionsrunden, Filmevorstellungen etc. können durch die Bezirksverwaltung initiiert oder unterstützt werden. Doch die Lehre von Fakten alleine reicht nicht. Die Schulleitungen sind gebeten zu berichten wie die emotional aufgeladene Auseinandersetzung bewältigt wird und welcher Unterstützungsbedarf dafür besteht.